

## Deutschland als Vorreiter beim Schutz der Meere –

## Empfehlungen für die nächste Legislaturperiode



Die neue Bundesregierung wird vor großen umweltpolitischen Herausforderungen, aber auch vor bedeutenden Chancen stehen. EJF fordert die künftige Regierung auf, ihr Engagement für Mensch und Natur in den Vordergrund zu stellen, um dem Artensterben, der zunehmenden Umweltverschmutzung und der Klimakrise entgegenzuwirken – und so die Grundlage für einen lebenswerten Planeten zu sichern.

Die Geschwindigkeit der globalen Umweltzerstörung und ihre verheerenden Folgen für marine Ökosysteme und das Klima sind offensichtlich. Mit der möglichen Einführung des [Tiefseebergbaus](#) riskieren wir nun auch die Zerstörung der letzten unberührten Ökosysteme auf unserem Planeten.

Wie unsere Arbeit darüber hinaus gezeigt hat, sind Meeresschutzgebiete (MPAs) oft nur Linien auf einer Landkarte und bieten in vielen Fällen keinen wirklichen Schutz. Zudem finden Fischereierzeugnisse, die mit [Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen](#), noch immer ihren Weg auf den EU-Markt und somit auch in die EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland. Die illegale Fischerei trägt zum Zusammenbruch [lokaler Fischereien in Küstengemeinden](#) bei, die hauptsächlich im Globalen Süden liegen und in hohem Maße von ihnen abhängig sind für ihre Ernährungssicherheit und Einkommen.

Diese Herausforderungen unterstreichen die dringende Notwendigkeit, dass Deutschland eine globale Führungsrolle beim Meeresschutz einnimmt – unter anderem auch für den Klimaschutz, da der Ozean durch seine vielfältige Meeresvegetation, die reich an [blauem Kohlenstoff](#) ist, der größte Kohlenstoffspeicher unseres Planeten darstellt.

Die Arbeit der **Environmental Justice Foundation (EJF)** zur Sicherung der Umweltgerechtigkeit zielt darauf ab, unser [globales Klima, unseren Ozean, Wälder, Feuchtgebiete und Wildtiere](#) zu schützen und das grundlegende Menschenrecht auf eine sichere natürliche Umwelt zu verteidigen – in dem Bewusstsein, dass alle anderen Rechte von Letzterem abhängig sind. Investigative Untersuchungen und Filme sind unsere wichtigsten Werkzeuge, um weltweit Missstände aufzudecken. Gleichzeitig unterstützen wir Aktivist\*innen, indigene Gruppen, betroffene Gemeinschaften und unabhängige Journalist\*innen, die an vorderster Front gegen Umweltungerechtigkeit kämpfen. Mit [unseren Kampagnen](#) tragen wir zur transparenten politischen Entscheidungsfindung bei – für grundlegende, langfristige Reformen zum Schutz der natürlichen Umwelt und der Menschenrechte und eine friedliche, gerechte und nachhaltige Zukunft. EJF Länderbüros: Belgien, Brasilien, Kamerun, Frankreich, Deutschland, Ghana, Indonesien, Japan, Liberia, Philippinen, Senegal, Südkorea, Spanien, Taiwan, Thailand, Vereinigtes Königreich.



© EJF

**Die Bundesregierung sollte in der Legislaturperiode folgende Empfehlungen für den nationalen und internationalen Meeres- und Klimaschutz prioritär adressieren:**

- Die konsequente Umsetzung der EU-Gesetzgebung zur Bekämpfung [illegaler Fischerei](#) und der Einsatz für mehr [Transparenz](#) in der Fischereipolitik – insbesondere durch die öffentliche Unterstützung und Annahme eines [globalen Maßnahmenkatalogs für Transparenz in der Fischerei](#) für eine weltweit nachhaltige, legale und ethisch verantwortungsvolle Fischereiwirtschaft. Vor allem bei der Frage des wirtschaftlichen Eigentums von Fischereifahrzeugen hat es Deutschland in der Hand, der Kriminalität auf See ein Ende zu setzen, indem es Daten über wirtschaftliches Eigentum von Fischereifahrzeugen einfordert und überprüft. Bei der Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche hat sich gezeigt, dass Transparenz über das wirtschaftliche Eigentum ein entscheidender Schritt zur Beendigung illegaler Aktivitäten sein kann und bei der Identifizierung von denjenigen hilft, die von ihnen profitieren.
- Den [Tiefseebergbau stoppen](#), indem die Position einer vorsorglichen Pause beibehalten und eine globale Pause oder ein Moratorium bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA) durchgesetzt wird.
- Die [Ausweisung und effektive Verwaltung von Meeresschutzgebieten \(MPAs\)](#) stärken – Deutschland hat formal das 30 %-Ziel erreicht, doch bleibt der Schutz unzureichend, insbesondere aufgrund der weit verbreiteten Praxis der Grundschieppnetzfischerei, die in ausgewiesenen Schutzgebieten in Nord- und Ostsee immer noch stattfindet.
- Die Unterstützung einer unverzüglichen Verabschiedung des [UN-Plastikabkommens](#) – eines rechtlich bindenden globalen Abkommens zur Eindämmung von Plastik – und die Sicherstellung einer schnellen Ratifizierung.
- Die Bereitstellung ausreichender finanzieller und [politischer Mittel für dringende Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen](#), wie z. B. die Gewährleistung einer schnellen Senkung von Treibhausgasemissionen und die Umstellung auf erneuerbare Energien; naturbasierte Lösungen, wie der Schutz wirksamer Kohlenstoffsenken (z. B. Feuchtgebiete), sollten ebenfalls Vorrang haben; sowie die Gewährleistung des Schutzes der von der Klimakrise am stärksten betroffenen Gemeinden.

**Wir fordern die neue Regierung auf, diese Empfehlungen umzusetzen, um unseren Ozean und alle Menschen, die von ihm abhängig sind, zu schützen.**

**EJF in Deutschland**

c/o Spielfeld Digital Hub, Skalitzer Straße 85/86  
10997 Berlin  
030 754 384 50 | kontakt@ejfoundation.org  
ejfoundation.org/de

**EJF-Hauptsitz**

Genurco House, 3-5 Spafield Street  
London, EC1R 4QB, Vereinigtes Königreich  
+44 (0) 207 239 3310 | info@ejfoundation.org  
ejfoundation.org

